



Wahlen für Einsteiger

I. Lösungen und Unterrichtsanregungen

AB 01 Wählen. Ich bin so frei.

Nachdenken über die Wahlfreiheit

Schüler*innen können in der Regel noch nicht an politischen Wahlen teilnehmen. Wohl aber können sie in ihrem persönlichen Umfeld mehr und mehr über sich selbst bestimmen. Mit zunehmendem Alter haben Kinder und Jugendliche „mehr Freiheiten“ und dürfen allein entscheiden, z.B. wie und mit wem sie ihre Freizeit verbringen, welche Kleidung sie tragen oder welche Wahlfächer sie in der Schule belegen. Auf der anderen Seite müssen sie dann auch mehr Verantwortung übernehmen und sich selbst sowie anderen gegenüber Rechenschaft über ihr Tun ablegen.

Zum Einstieg in die Unterrichtseinheit wird deshalb das Thema der politischen Wahlen in einen Zusammenhang mit der Frage der persönlichen Freiheit und Verantwortung gestellt. Arbeitsblatt 01 möchte an die Erfahrungen Jugendlicher anknüpfen, ihre Einstellungen zum „Wählen“ ergründen und problematisieren.

1 Was wir wählen können

— Zu Aufgabe 1

Eine Liste mehr oder weniger wichtiger „Wahlentscheidungen“ könnte folgende Beispielbegriffe enthalten (vgl. die Motive der Collage):

- | | |
|--|--------------------------------|
| – Einkaufen (Konsumwahl) | – Wahl des Reiseziels (Urlaub) |
| – Bundestagswahl (politische Wahlen) | – Klassensprecherwahl |
| – Freund*in (Partnerwahl) | – Haustier |
| – Freunde*in | – Fernsehprogramm |
| – Berufswahl | – „Misswahlen“ |
| – Kurswahl (Oberstufe) | – Musik |
| – Freiwilligendienst, FSJ
oder Bundeswehr | – u.v.a.m. |

— Zu Aufgabe 2

Nachdem die Schüler*innen die gesammelten Begriffe nach persönlicher Wichtigkeit geordnet haben, kann nach der Besonderheit von politischen Wahlen gefragt werden: Was unterscheidet politische Wahlen von Entscheidungen im persönlichen Umfeld? Hilfreich sind dabei u.a. folgende Fragen:

- Wer fällt die Entscheidung?
- Wer ist davon betroffen?
- Wie bedeutend sind die Folgen?
- Ist die Entscheidung (kurzfristig / langfristig / überhaupt) revidierbar?
- Wie gut fühlst du dich auf die Entscheidung vorbereitet?
- Inwiefern können politische Wahlen unser privates Leben entscheidend beeinflussen?

AB 02 Wahlmüde oder wahlbegeistert? (1)

1 Welcher Wählertyp bist du? Teste deine Wahlneigung!

— Zur Aufgabe

Die Schüler*innen können den „Wahlneigungstest“ von Arbeitsblatt 02 selbst auswerten, indem sie die zugeordneten Zahlenwerte addieren. Die erreichte Punktschritte verrät ihnen dann, welchem Wählertypus sie zugeordnet werden. Das Ergebnis sollte nicht allzu ernst genommen werden. Der Selbsttest soll die Schüler*innen in erster Linie dazu motivieren,

* steht für die weibliche Form des vorangegangenen Begriffs

sich aktiv und genau mit den Argumenten der Nichtwähler*innen und Wahlbefürworter*innen auseinanderzusetzen.

— *Tipp:* Viele weitere Materialien und Hintergrundinfos zu aktuellen Wahlen finden Sie unter bpb.de > Politik > Wahlen.

AB 03 Wahlmüde oder wahlbegeistert? (2)

2 Wahlbeteiligung nach Altersgruppen

— Zu Aufgabe 1 und 2

M1 Wahlberechtigte

Bei der Bundestagswahl 2013 war die Hälfte der Wahlberechtigten im Alter von 30 bis 59 Jahren. Die Generation ab 60 Jahren stellte mehr als doppelt so viele Wahlberechtigte wie die jüngere Generation unter 30 Jahren.

Im Vergleich zu 1972 ist der Anteil der Wahlberechtigten unter 30 Jahren bei der Bundestagswahl 2013 von 20% auf 16% gesunken, während der Anteil der über 70-Jährigen sich nahezu verdoppelt hat.

M2 Wahlbeteiligung

Bei allen in M2 dargestellten Bundestagswahlen hatten die jüngeren Altersgruppen eine unterdurchschnittliche Wahlbeteiligung. Am geringsten war sie mit ca. 60% bei den 21- bis 24-Jährigen. Mit steigendem Alter nimmt die Wahlbeteiligung bis zu den 60- bis 69-Jährigen kontinuierlich zu. Diese Altersgruppe beteiligte sich mit beinahe 80% am aktivsten an der Bundestagswahl 2013.

Aufgrund der demografischen Entwicklung (M1) und der unterdurchschnittlichen Wahlbeteiligung der jüngeren Wahlberechtigten (M2) beeinflussen ältere Wähler*innen immer stärker den Wahlausgang.

Die Auswertung der Diagramme M1 und M2 führt zu der Frage, ob die Jugendlichen mit ihrer Zurückhaltung bei Wahlen selbst zu einer Verschlechterung ihrer Zukunftschancen beitragen und warum sie auf diese Einflussmöglichkeit verzichten.

— Zu Aufgabe 3

Folgende Vorschläge zur Erhöhung der Wahlbeteiligung junger Menschen könnten zur Diskussion gestellt werden (vgl. auch Arbeitsblatt 14):

- Wahlpflicht für Erstwähler*innen
- Absenkung des Wahlalters von 18 auf 16 Jahre
- Einführung von Jugendquoten in den Parlamenten (Mindestzahl an Sitzen, die für die jüngere Generation reserviert sind)
- Einführung von Online-Wahlverfahren

AB 04 Wozu wählen? Grundfunktionen demokratischer Wahlen

Wahlfunktionen

Zu Aufgabe 1

- | | |
|------------------------------|--|
| A. Kontrolle der Regierenden | D. Legitimation politischer Herrschaft |
| B. Partizipation | E. Integration der Bürger |
| C. Repräsentation des Volkes | |

Zu Aufgabe 2

Die Abbildungen können folgenden Wahlfunktionen zugeordnet werden:

Abb. 1 – D. Legitimation politischer Herrschaft:

Die Bundestagsabgeordneten sind durch das Votum der Wähler legitimiert, d.h. berechtigt und beauftragt, Gesetze zu verabschieden, die für alle Bürger der Bundesrepublik verbindlich sind.

Abb. 2 – A. Kontrolle der Regierenden:

Das Wahlplakat fordert einen Politikwechsel. Die Möglichkeit, eine Regierung abzuwählen, ist ein machtvoll Instrument zur Kontrolle der Regierenden. Eine Zuordnung zu „Partizipation“ (B) wäre auch denkbar, denn es geht auch um die Mitbestimmung über die zukünftige Politik.

Abb. 3 – C. Repräsentation des Volkes: Die Abgeordneten sollen die Interessen der Bürger vertreten und ihnen im Parlament eine Stimme verleihen. Repräsentation bedeutet aber nicht, dass die Abgeordneten unmittelbar die Einzelinteressen ihrer Wähler (im Wahlkreis) wahrnehmen. Nach Art. 38. GG sind Abgeordnete „Vertreter des ganzen Volkes“ und „nur ihrem Gewissen unterworfen“.

Abb. 4 – B. Partizipation: Die Bürger entscheiden mit ihrer Wahl, welche Personen und Programme der Parteien den Kurs der zukünftigen Regierung bestimmen sollen.

Abb. 5 – E. Integration der Bürger: Wahlen tragen in funktionierenden Demokratien dazu bei, dass der gesellschaftliche Pluralismus nicht zu einem Zerfall des Gemeinwesens führt, sondern Konflikte friedlich ausgetragen werden und ein politisch aktionsfähiger Gemeinwille gebildet wird.

— **Tipp:** Eine ausführlichere Auflistung der Wahlfunktionen finden Sie unter: www.bpb.de (Suche: Wahlfunktionen)

AB 05 Wann ist eine Wahl demokratisch?

Wahlrechtsgrundsätze:

Merkmale demokratischer Wahlen

Art. 38 GG bestimmt die Wahl und die Stellung der Abgeordneten des Deutschen Bundestages. In Absatz 1 werden fünf Wahlrechtsgrundsätze genannt. Sie bilden die Grundlage demokratischer Wahlen:

„Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt.“ (Art. 38, Abs. 1 GG)

Arbeitsblatt 05 enthält eine Liste von Definitionen, die den in Art. 38 lediglich aufgezählten Begriffen zugeordnet werden müssen. Diese Aufgabe fällt den Schülern leichter, als die selbständige Erklärung der verfassungsrechtlichen Begriffe.

Lösung:

Gleich sind Wahlen, bei denen jeder Wähler mit seiner Stimme den gleichen Einfluss auf das Wahlergebnis hat.

Geheim müssen demokratische Wahlen sein, damit niemand feststellen kann, wie der einzelne Bürger gewählt hat. Nur so ist eine Stimmabgabe ohne Zwang oder unzulässige Beeinflussung gewährleistet.

Frei sind Wahlen, wenn die Stimmabgabe ohne Druck erfolgt und auf die Wählenden kein Zwang ausgeübt wird. Keinem Wähler dürfen wegen seiner Wahlentscheidung Nachteile entstehen. Demokratische Wahlen müssen auch eine Auswahl echter politischer Alternativen bieten.

Allgemein ist eine Wahl, bei der grundsätzlich alle Staatsbürger wählen und gewählt werden können – unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe, Sprache, Einkommen oder Besitz, Beruf, Bildung, Konfession oder politischer Überzeugung.

Unmittelbar sind Wahlen, bei denen die Abgeordneten direkt und allein durch die Stimmabgabe der Wähler bestimmt werden, ohne dass ein „fremder Wille“ dazwischengeschaltet ist.

— **Hinweis:** Mithilfe von Arbeitsblatt 06 und 07 können die Schüler das gewonnene Verständnis dieser Begriffe an historischen Beispielen erproben.

— **Tipp:** Das Wahl-Lexikon des Bundeswahlleiters bietet zahlreiche Definitionen und Erläuterungen zu Begriffen der Bundestags- und Europawahl: www.bundeswahlleiter.de/service/glossar.html

AB 06 + 07 Wahl(un)recht in der deutschen Geschichte

Die Schüler sollen anhand der dargestellten Beispiele das Wahlrecht und die Durchführung von Wahlen in der deutschen Geschichte beurteilen. Dabei empfiehlt es sich, auf die Merkmale demokratischer Wahlen (vgl. *Arbeitsblatt 05*) als übergeordnete Kategorien zurückzugreifen.

Zur Aufgabe

Folgende Verstöße gegen die Wahlrechtsgrundsätze sind anhand der Berichte und Abbildungen feststellbar:

A) Dreiklassenwahlrecht in Preußen:

- Keine **allgemeine** Wahl: Frauen waren ausgeschlossen (vgl. **Abb. 1**).
- Keine **gleiche** Wahl: Die Stimmen der Bürger werden nach dem Steueraufkommen gewichtet (Zensuswahlrecht).
- Keine **unmittelbare** Wahl: Die Wahlmänner waren an das Votum der Urwähler nicht gebunden.
- Keine **geheime** Wahl: Die Wahlen wurden öffentlich abgehalten.
- Keine **freie** Wahl: Unternehmer und Dienstherrn übten Druck auf ihre Arbeiter und Angestellten aus.

B) Wahlen im Dritten Reich:

- Keine **freien** Wahlen: Am Wahlschein (**Abb. 2**) ist erkennbar, dass gar keine Alternative zugelassen war (Scheinparlamentarismus). Die SA (Sturmabteilung, politische Kampftruppe der NSDAP) übte massiven Druck auf die (Nicht-) Wähler aus. Die Propaganda für die NSDAP im Wahllokal (Hakenkreuzfahnen, Porträt Hitlers) war mit den Grundsätzen einer fairen und freien Wahl nicht vereinbar.

C) Wahlen in der DDR:

- Keine **freien** Wahlen: Die Einheitslisten der SED ließen keine Auswahl zu. Nichtwähler wurden registriert und sanktioniert. Wahlunwillige wurden am Wahltag zum Wählen abgeholt und zur Stimmabgabe gedrängt.
- Keine **geheimen** Wahlen: Das Wahlgeheimnis wurde allenfalls formal gewahrt. Politischer und sozialer Druck führte in der Regel zu einer offenen Abgabe des unveränderten Wahlscheins („Zettelfalten“). Wer von seinem Recht auf geheime Stimmabgabe Gebrauch machte, wurde in der Wahlkabine ausgehorcht (vgl. Stasi-Bericht).

— **Hinweis:** Die rechtmäßige Durchführung von Wahlen ist auch heute keine Selbstverständlichkeit, weshalb z.B. die OSZE regelmäßig Wahlbeobachter entsendet, um die Vorbereitung, Durchführung und Auswertung politischer Wahlen zu kontrollieren. Ein aktuelles Beispiel kann den Schülern verdeutlichen, dass Diktaturen zwar Wahlen durchführen, dass diese aber völlig andere Funktionen haben als in einer Demokratie:

„Zwar entbehren Wahlen in nicht-kompetitiven Systemen sämtliche Funktionen, die ihre Grundlage in der Auswahlmöglichkeit und Wahlfreiheit unter verschiedenen Bewerbern und Parteien haben. Es geht folglich auch nicht um die Legitimierung politischer Macht oder ihre Kontrolle. Nicht-kompetitive Wahlen sind deshalb jedoch nicht funktionslos. Sie sind vielmehr Instrument der Herrschaftsausübung, dienen der Stabilisierung der Herrschaftsverhältnisse, möglicherweise auch der Propagierung der Ziele gesellschaftlicher Entwicklung.“

— *Quelle:* Nohlen, Dieter: Wahlrecht und Parteiensystem. Zur Theorie und Empirie der Wahlsysteme. 5., überarbeitete und erweiterte Auflage. Opladen & Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich, 2007. Seite 35

— *Hinweis:* Bei der Bildquelle handelt es sich um einen IM-Bericht zum Ablauf der Wahl in Menz vom 7.5.1989. Die ausführliche Quellenangabe hierzu lautet: BStU, MfS, BV Potsdam, KD Gransee 196, Bl. 166f. Die Bereitstellung erfolgt mit freundlicher Unterstützung der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU)

AB 08 + 09 Wahlsysteme im Vergleich (1 + 2)

— Zu Aufgabe 1

Sitzverteilung nach Mehrheitswahlrecht:

(WK = Wahlkreis)

- Im WK 1 gewinnt der Kandidat der Partei B (40.000 Wählerstimmen).
- Im WK 2 gewinnt der Kandidat der Partei B (41.000 Wählerstimmen).
- Im WK 3 gewinnt der Kandidat der Partei A (64.000 Wählerstimmen).
- Im WK 4 gewinnt der Kandidat der Partei B (48.000 Wählerstimmen).
- Im WK 5 gewinnt der Kandidat der Partei B (45.000 Wählerstimmen).
- Im WK 6 gewinnt der Kandidat der Partei A (52.000 Wählerstimmen).
- Im WK 7 gewinnt der Kandidat der Partei B (35.000 Wählerstimmen).
- Im WK 8 gewinnt der Kandidat der Partei A (56.000 Wählerstimmen).
- Im WK 9 gewinnt der Kandidat der Partei A (58.000 Wählerstimmen).
- Im WK 10 gewinnt der Kandidat der Partei B (51.000 Wählerstimmen).

Gewählt sind vier Kandidaten der Partei A und sechs Kandidaten der Partei B. Die Kandidaten der Parteien C und D gehen leer aus.

Sitzverteilung nach Verhältniswahlrecht:

	Partei A	Partei B	Partei C	Partei D
Ergebnis (auf Hundertstel genau)	4,11	3,50	1,44	0,95
Endgültige Sitzverteilung	4	3 + 1 = 4	1	0 + 1 = 1
Zum Vergleich: Sitzverteilung nach dem Mehrheitswahlsystem	4	6	0	0

— *Hinweis:* Vor dem Komma ist abzulesen, wie viele Sitze jede Partei mindestens erhält. Die dann noch zu vergebenen Sitze werden den Parteien in der Reihenfolge der größten Zahlenbruchteile hinter dem Komma zugeteilt.

— Zu Aufgabe 2

Das Rechenbeispiel aus Aufgabe 1 verdeutlicht, dass Wahlsysteme maßgeblichen Einfluss auf die Zusammensetzung des Parlaments, das Parteiensystem und die Regierungsbildung haben.

Das **Mehrheitswahlrecht** begünstigt „große“ Parteien und führt tendenziell zu einem Zweiparteiensystem. Neue Parteien können sich nur schwer etablieren. In der Regel gewinnt eine Partei eine regierungsfähige Mehrheit. Andererseits wird der Wählerwille nicht proportional auf die Mehrheitsverhältnisse im Parlament übertragen. Die Stärke der Fraktionen entspricht nicht (genau) dem Stimmenanteil der Parteien oder Kandidaten bei der Wahl (vgl. Beispiele AB 08).

Beim **Verhältniswahlrecht** richtet sich die Zahl der gewählten Abgeordneten genau danach, in welchem Verhältnis die für jede Partei abgegebenen Stimmen zur Gesamtstimmenzahl steht. Die proportionale Vertretung aller Wählergruppen im Parlament führt zu einer Pluralisierung des Parteiensystems. Auch kleine Parteien oder Neugründungen sind im Parlament vertreten, sofern sie die Sperrklausel überwinden. Allerdings erreicht nur selten eine Partei die ausreichende Mehrheit für eine alleinige Regierungsbildung. Deshalb müssen häufig Koalitionen gebildet werden.

— Zu Aufgabe 3

Die konträren Ausrichtungen von Mehrheitswahl und Verhältniswahl sind kaum vereinbar. Allerdings lassen sich die Nachteile z.B. des Verhältniswahlrechts zumindest teilweise korrigieren:

- Sperrklauseln wie z.B. die Fünf-Prozent-Hürde bei der Bundestagswahl sollen einer möglichen Parteienzersplitterung vorbeugen.
- Die Erststimme bei der Bundestagswahl soll die „Anonymität“ einer reinen Listenwahl überwinden und den Wahlberechtigten das Kennenlernen der Kandidaten im Wahlkreis ermöglichen („Personalisierte Verhältniswahl“).

Vgl. dazu auch AB 11.

AB 10 Wahlsysteme im Vergleich (3)

— Zu Aufgabe 4

- | | |
|--|--|
| 1. Verhältniswahl <input type="checkbox"/> E | 2. Mehrheitswahl <input type="checkbox"/> A |
| 3. Verhältniswahl <input type="checkbox"/> U | 4. Mehrheitswahl <input type="checkbox"/> W |
| 5. Verhältniswahl <input type="checkbox"/> R | 6. Mehrheitswahl <input type="checkbox"/> A |
| 7. Verhältniswahl <input type="checkbox"/> O | 8. Mehrheitswahl <input type="checkbox"/> H |
| 9. Verhältniswahl <input type="checkbox"/> P | 10. Mehrheitswahl <input type="checkbox"/> L |

Lösungswort der Lückentextaufgabe: EUROPAAWAHL

AB 11 + 12 Die Bundestagswahl – Wie aus Wählerstimmen Sitze werden (1 + 2)

— Zur Gestaltung des Stimmzettels

Der Stimmzettel der Bundestagswahl ist in fast allen Lehrbüchern abgedruckt. Es lohnt sich, auch seine Gestaltung zu untersuchen. Wenn die Schüler die Darstellung der Wahlkreiskandidaten und der Landeslisten beurteilen sollen, müssen sie sich zunächst über die unterschiedliche Bedeutung von Erst und Zweitstimme informieren.

Diese Aufgabe kann deshalb auch an das Ende der Unterrichtssequenz gestellt werden, wenn sich die Schüler bereits Kenntnisse über die Bundestagswahl angeeignet haben.

Folgende Aspekte könnten zur Sprache kommen:

1. Unterschiede in der Darstellung:
 - a) Farbe (Erststimme schwarz, Zweitstimme blau)
 - b) Anordnung (Erststimme: Name des Kandidaten an erster Stelle, Zweitstimme: Name der Partei an erster Stelle)
2. Inhaltliche Unterschiede:

Angaben über die Person des Wahlkreiskandidaten (bei der Erststimme); namentliche Auflistung von fünf Spitzenkandidaten; Nennung der Partei auf beiden Seiten in gleicher Größe (Parteienkürzel); bei der Erststimme wird der Name der Partei zusätzlich ungekürzt angeführt.

3. Kritisch könnte angemerkt werden, dass auch bei der Erststimme die Parteizugehörigkeit deutlich hervorgehoben, durch den Fettdruck sogar optisch dominant ist, obwohl mit ihr der Wahlkreiskandidat gewählt wird (Personenwahl).

4. Weiterhin könnten die Schüler kritisieren, dass der Stimmzettel nicht über die unterschiedliche Bedeutung bzw. Wertigkeit der beiden Stimmen aufklärt. So geht aus der Darstellung keineswegs hervor, dass die Zweitstimme für die politischen Mehrheitsverhältnisse entscheidend ist oder dass die Erststimme nur dann zählt, wenn sie für den siegreichen Kandidaten abgegeben wird.

AB 13 Die Bundestagswahl – Wie aus Wählerstimmen Sitze werden (3)

— Zur Aufgabe

Mögliche Ergebnisse:

Ohne die Fünf-Prozent-Hürde...

... wären viele kleine Parteien im Bundestag vertreten. Das könnte die Regierungsbildung erschweren.

Wenn es keine Überhangmandate gäbe...

... könnten nicht alle erfolgreichen Wahlkreiskandidaten mit einem Mandat versehen werden. Dann müsste letztlich auf die Erststimme ganz verzichtet werden.

Würde man auf die Ausgleichsmandate verzichten...

...würde nicht jede Wählerstimme gleich viel zählen. Die Sitzverteilung wäre nicht proportional zum Zweitstimmenergebnis der Parteien.

— *Hinweis:* Abb. 3 (AB 13) veranschaulicht die Bedeutung von Ausgleichsmandaten. Die Erfolgswerte der Wählerstimmen für unterschiedliche Parteien nähern sich damit an.

AB 14 Einfacher, effektiver und gerechter? Vorschläge zur Reform des Wahlrechts

Arbeitsblatt 14 enthält eine Liste wichtiger Vorschläge zur Reform des Bundestagswahlrechts. Damit soll eine breit angelegte Diskussion angestoßen werden, wie die Wahlen in der Bundesrepublik einfacher, effektiver und gerechter gestaltet werden könnten.

Um die einzelnen Reformvorschläge beurteilen zu können, müssen die Schüler Kenntnisse über das Wahlsystem in der Bundesrepublik haben, die auf diesem Wege nochmals überprüft und gefestigt werden können.

— Zu Aufgabe 2

Eine Diskussion von Reformvorschlägen hat keine „Lösung“ im eigentlichen Sinne. Allerdings können die Schülerbeiträge daraufhin überprüft werden,

- a) ob die favorisierten Reformvorschläge mithilfe der Leitfragen A bis E sinnvoll begründet werden und
- b) ob die Auswahl der Reformvorschläge in sich kohärent und widerspruchsfrei ist.

Beispiele zu a)

Reformvorschlag Nr. ...	passt zu Begründung
14. Die Abgeordneten des Bundestages werden in einer reinen Verhältniswahl gewählt.	A
2. Die Fünf-Prozent-Klausel wird abgeschafft	B
6. Alle Bundestagsabgeordneten werden direkt im Wahlkreis gewählt. Die Bundestagswahl wird zu einer reinen Mehrheitswahl. Die Zweitstimme wird abgeschafft.	C
11. Online-Wahlen werden eingeführt. Eine Stimmabgabe ist auch von unterwegs mit dem Smartphone oder vom heimischen Computer aus möglich.	D
1. Jugendliche ab 16 erhalten Wahlrecht	E

... usw.

Beispiele zu b)

Drei Favoriten	Bewertung
Nr. 1, 5, 8	 Alle drei Vorschläge verfolgen ein Ziel: die politische Teilhabe speziell junger Menschen.
Nr. 1, 2, 12	 Die Vorschläge verfolgen verschiedene Ziele, die sich nicht widersprechen (mehr politische Partizipation junger Menschen, genaueres Abbild der Wählerschaft, mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten für alle Wähler)
Nr. 2, 6, 12	 Die Einführung des Mehrheitssystems macht die beiden anderen Vorschläge hinfällig. Die Abschaffung der Fünf-Prozent-Hürde bzw. Vorwahlen zur Bestimmung der Listenplätze sind nur im Rahmen des Verhältniswahlrechts sinnvoll. Dieses „Reformpaket“ ist nicht sinnvoll.

AB 15 Wahlrecht auch für Kinder und Jugendliche?

Das Arbeitsblatt 15 dient hauptsächlich der Meinungsbildung und als Gesprächsanregung. Schüler, die in der Regel noch nicht wählen dürfen, sollen sich aktiv und kreativ aus ihrem Blickwinkel mit dem Thema „Wählen“ auseinandersetzen. Dabei enthalten die Materialien (Stimmzettel und Streitgespräch) bereits wichtige Argumente und Aspekte zum Thema.

— *Tipp:* Auf der Internetseite www.wir-wollen-waehlen.de/de/wer-sind-wir.html finden Sie weitere Stimmen von Kindern und Jugendlichen.

AB 16 Wählen und Abstimmen – Ein Kreuzchen, zwei Bedeutungen

Was ist der Unterschied?

— Zu Aufgabe 1

Ergebnis:

Abb. 1: Stimmzettel einer Wahl von Parteien und Personen (Landtagswahl in Baden-Württemberg)

Abb. 2: Stimmzettel einer Abstimmung (Volksentscheid über die Organisation der Energieversorgung in Hamburg)

Abb. 3: Stimmzettel einer Abstimmung (Volksentscheid über eine Schulreform in Hamburg)

Abb. 4: Stimmzettel einer Wahl (Wahl des Bürgermeisters ☞ in Brühl)

— Zu Aufgabe 2

Ergebnis:

Wählen: Eine Person bestimmen, die politische Sachfragen stellvertretend für die Bürger ☞ entscheidet (wichtigste Form der Bürgerbeteiligung in der repräsentativen Demokratie).

Abstimmen: Eine Sachfrage wird direkt durch das Votum der Bürger ☞ entschieden (zentrale Mitbestimmungsform in der direkten Demokratie).

AB 17 Mehr direkte Demokratie wagen?

Argumente für und gegen direkte Demokratie

— Zu Aufgabe 1 und 2

Direkte Demokratie: Zuordnung der Argumente

	Pro (+)	Contra (-)
1	Wenn ich abstimmen dürfte, würde ich mich auch mehr für Politik interessieren.	Wozu Volksabstimmungen? Viele junge Leute gehen ja nicht einmal zur Wahl.
2	Ich bin politisch auf dem Laufenden und ausreichend informiert, um selbst kluge Entscheidungen zu treffen.	Die Mehrheit der Bevölkerung lässt sich von Populisten ☞ durch gezielte Stimmungsmache leicht manipulieren.
3	Mit der Zeit erlangt das Volk eine gewisse politische Reife und lernt, verantwortlich zu entscheiden.	Unpopuläre, aber notwendige Maßnahmen wie z.B. Steuererhöhungen lassen sich in einer direkten Demokratie nur schwer durchsetzen. Die Bürger ☞ entscheiden nur zu ihrem persönlichen Vorteil.
4	Die Legitimation politischer Entscheidungen erhöht sich, wenn die Bürger ☞ direkt abstimmen. Dann sind sie auch eher bereit die Folgen zu tragen.	<i>Abbildung / Karikatur rechts oben:</i> Bei einer geringen Wahlbeteiligung kann die (höhere) Legitimation direkt-demokratischer Entscheidungen angezweifelt werden. Wer wohlhabender und gebildeter ist, beteiligt sich erfahrungsgemäß eher an Abstimmungen. Es ist deshalb häufig problematisch, von einer Entscheidung „des Volkes“ zu sprechen.

5 In einer direkten Demokratie achtet die Regierung stärker auf den Willen und die Belange des Volkes. Lobbyisten ☞ und finanzkräftige Interessengruppen können sich nur schwer durchsetzen.

Abbildung / Karikatur links unten: In einer direkten Demokratie können finanzstarke Lobbygruppen die öffentliche Meinung mit teuren Medienkampagnen beeinflussen und ihre Belange auf Kosten der Allgemeinheit durchsetzen.

AB 18 Mit-, ein-, aufmischen – Wie können wir politisch Einfluss nehmen?

Das Arbeitsblatt 18 eignet sich als Einstieg und kann einer Unterrichtseinheit zum Thema „Politische Partizipation“ oder „Wahlen“ vorangestellt werden.

Die 19 aufgelisteten Partizipationsmöglichkeiten sind weitgehend der FES-Jugendstudie 2015 entnommen. Abgedruckt sind die Ergebnisse zur politischen Partizipation in: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg: Der Bürger im Staat, 4-2016, S. 248.

Download unter: www.buergerimstaat.de/4_16/politische_partizipation.htm

☞ Im Anhang finden Sie die vollständige Tabelle.

In einem weiteren Lernschritt können anhand des abgedruckten Ergebnisses **das Klassenergebnis mit dem Ergebnis der Jugendstudie verglichen werden** und eventuelle Unterschiede auf denkbare Ursachen hin befragt werden.

AB 19 Wer wählt welche Partei?

— Zur Aufgabe

Die Überprüfung der Aussagen von **M1** sollte in zwei Schritten erfolgen:

1. Auswertung der Statistik:

Zunächst sollten die Schüler ☞ überprüfen, ob die Zahlenwerte von **M2** die Aussage überhaupt stützen. Dazu müssen sie die Behauptung von **M1** einem Merkmal der Wähler ☞ in **M2** (Kopfspalte) zuordnen und die Zahlenwerte der angesprochenen Personengruppe und Partei mit dem durchschnittlichen Wahlergebnis in Zeile eins vergleichen.

Beispiel Nr. 11: „Frauen sind umweltbewusster als Männer.“

Bei der Bundestagswahl 2013 wählten 10% der Frauen die Grünen, aber nur 7% der Männer (ohne Nichtwähler ☞). Insgesamt erreichten die Grünen 8,4% der Wählerstimmen. Die Frauen stimmten also überdurchschnittlich für die „Partei der Ökologie“. Insofern belegen die Zahlen aus **M2** die Aussage Nr. 11 (**M1**).

2. Bewertung der Aussage:

In einem zweiten Schritt sollten die Schüler ☞ beurteilen, ob die festgestellte Abweichung vom Durchschnitt ausreichend signifikant ist. Auch sollten sie überlegen, ob die Zuordnung des Merkmals „umweltbewusst“ zum Wahlverhalten, in diesem Fall die Wahl der Grünen, tatsächlich eindeutig ist oder ob nicht andere Motive (der Frauen) für die Wahl dieser Partei ausschlaggebend gewesen sein könnten.

AB 20 Was beeinflusst die Wahlentscheidung?

— Zu Aufgabe 1 bis 3

Was bringt Wähler ☞ dazu, sich für eine bestimmte Partei zu entscheiden? Die gesammelten Schülerantworten können mithilfe des „Kausalitätstrichters“ (**AB 20, Abschnitt 2**) geordnet werden. Er erklärt die individuelle Wahlentscheidung als komplexen und mehrstufigen Kausalitätszusammenhang, wobei die Einflussfaktoren der nachgeordneten Stufen von den vorhergehenden beeinflusst oder geprägt werden.

➔ Im Anhang finden Sie zum Abgleich eine **Vorlage für den Beamer oder Projektor** zum „Kausalitätstrichter“

— **Tipp:** Der Wahl-O-Mat der Bundeszentrale für politische Bildung kann dazu beitragen, dass sich die Schüler > detaillierter mit den politischen Positionen der einzelnen Parteien auseinandersetzen und ihre eigene Wahlentscheidung kritisch reflektieren. Der Wahl-O-Mat ist ein interaktives Tool, welches seinen Nutzern > verschiedene Thesen aus den Wahlprogrammen der Parteien vorstellt und durch Zustimmung oder Ablehnung zu diesen Thesen errechnet, welche Partei die Interessen der jeweiligen Person bei einer bestimmten Wahl am Besten vertreten könnte.

Unter www.bpb.de/lernen/projekte/wahl-o-mat-im-unterricht/ finden Sie Unterrichtsmaterial in Form von Unterrichtsbausteinen, Arbeitsblättern und Unterrichtsentwürfen rund um den Wahl-O-Mat.

— Zu Aufgabe 4

Zum Abschluss sollten die Schüler > die Einflüsse auf die Wahlentscheidung am Beispiel eines „typischen Wählers >“ veranschaulichen. Möglich wäre z.B. folgende Einschätzung:

- Sozialer Status:** Arbeiterschicht
Parteiidentifikation: Stammwähler der SPD
Beurteilung der Kandidaten >:
Ablehnung der amtierenden Bundeskanzlerin Angela Merkel, positives Bild möglicher Gegenkandidaten >
Bewertung der politischen Themen: soziale Gerechtigkeit als Leitthema, Ausbau des Sozialstaates als zentrale Forderung
- Sozialer Status:** Rentnerin, zuvor Angestellte in landwirtschaftlichem Betrieb
Soziologisches Merkmal Konfession: katholisch
Parteiidentifikation: Stammwählerin der CDU
Beurteilung der Kandidaten >:
positives Bild der amtierenden Bundeskanzlerin Angela Merkel, keine Identifikation mit möglichen Gegenkandidaten >
Bewertung der politischen Themen: Rentensicherung als wichtiges Thema, Erhalt traditioneller Familien- und Frauenbilder als zentrales Anliegen

AB 21 Wahlkampf zwischen Bürgerdialog und Marketing

1 Wahlkampf im Netz und vor Ort

— Zu Aufgabe 1

Als Targeting bezeichnet man die Ansprache von möglichst genau bestimmten Zielgruppen. Die massenhafte Sammlung und Auswertung von Daten macht es heute möglich, die Wähler >(gruppen) auf den passenden Websites und entsprechend persönlicher Merkmale (z.B. religiöse Prägung, geografische Herkunft, Interessen usw.) zielgenau anzusprechen.

— Zu Aufgabe 2

Online-Wahlwerbung: Wähler > als umworbener, aber letztlich manipulierbarer „Konsument >“ politischer Botschaften

Straßenwahlkampf: Wähler > als Dialogpartner >, dessen > Anliegen gehört werden

— Zu Aufgabe 3

Die Frage soll eine Diskussion über die Bedeutung von Wahlkämpfen und die Wirkung von Wahlwerbung anstoßen. Ein bestimmtes Ergebnis kann nicht erwartet werden.

2 Funktionen und Mittel des Wahlkampfes

— Zu Aufgabe 4 und 5

Die Fragen sollen eine Diskussion über die Bedeutung von Wahlkämpfen und die Wirkung von Wahlwerbung anstoßen. Ein bestimmtes Ergebnis kann nicht erwartet werden.

Allerdings lassen sich die Schülerantworten zu **Aufgabe 4** durchaus überprüfen. Wie wirkungsvoll sind die gewählten Medien und Mittel des Wahlkampfes (**a – k**) im Hinblick auf das angestrebte Ziel (**1 bis 8**)? So wäre z.B. die Zuordnung **1c** kaum nachvollziehbar, da Plakate in der Regel nur wenig Informationen liefern.

AB 22 Roboter als Wahlkämpfer > (1)

— Zu Aufgabe 1

Was ist an Social Bots problematisch?

Social Bots können massenhaft „Botschaften“, auch Falschmeldungen, verbreiten. Befürchtet wird eine „Klimavergiftung“ in Wahlkampfzeiten und eine Manipulation oder zumindest Verzerrung der öffentlichen Diskussion. Im schlimmsten Fall könnte das Vertrauen in die Demokratie nachhaltig untergraben werden.

— **Tipp:** Ein Thesenpapier zum Thema „Social Bots“ mit einer Definition und einer Darstellung ihrer zentralen Merkmale finden Sie auch unter www.tab-beim-bundestag.de/de/aktuelles/20161219/Social%20Bots_Thesenpapier.pdf.

AB 23 Roboter als Wahlkämpfer > (2)

— Zu Aufgabe 2

➔ Im Anhang finden Sie die ausgefüllte Tabelle mit möglichen Ergänzungen.

AB 24 Wahlkreuzworträtsel

Lösung des Kreuzworträtsels: STAMMWAEHLERIN

➔ Im Anhang finden Sie das ausgefüllte Kreuzworträtsel.

Hinweis zum Einsatz im Unterricht:

Das Kreuzworträtsel ist nicht als Lernkontrolle im engeren Sinne gedacht, dient aber dazu, wichtige Fachbegriffe auf spielerische Weise zu wiederholen. Es kann auch als Einstieg in eine Unterrichtseinheit zum Thema Wahlen verwendet werden. Die Schüler > sollten dann – nach dem Lösen des Kreuzworträtsels – Begriffe des gleichen Themenfelds zusammenstellen, z.B. alle genannten Parteien (CDU, FDP, Grüne, Linke, CSU, AfD), Wählertypen (Wechselwähler >, Nichtwähler >, Stammwähler >) oder Wahlrechtsgrundsätze: frei, gleich, unmittelbar, allgemein. Auf diese Weise kann das Interesse und das Vorwissen der Schüler > erfragt werden.

Wahlen für Einsteiger

II. Anhang: Vorlagen für Beamer/Projektor

— Ergebnisse der FES-Jugendstudie 2015 aus „Bürger im Staat“

Politische Partizipation der 14- bis 29-Jährigen (in Prozent) *

	kommt in Frage	aktiv mehrfach oder einmal	aktiv mehrfach
Wahlverhalten			
an Wahlen teilnehmen	96	78	70
aus Protest nicht wählen	16	6	3
Konventionelle Partizipation			
in einer Partei aktiv mitarbeiten	30	5	3
in einer Gewerkschaft aktiv mitarbeiten	38	4	2
eine Wahlkampagne unterstützen	39	12	5
ein politisches Amt übernehmen	29	4	2
an einem politischen Projekt in einem Jugendverband/ Jugendinitiative mitarbeiten	45	12	5
Mitglied in einem Jugendparlament/kommunalen Gremium sein	28	4	1
Unkonventionelle Formen			
in einer Bürgerinitiative mitarbeiten	59	12	3
selbst Unterschriften sammeln	46	14	3
an einer Demonstration teilnehmen	70	43	23
sich im Internet aktiv an politischen Diskussionen beteiligen	39	24	14
einer politischen Gruppe auf Facebook etc. beitreten	26	12	5
sich an einer Onlineprotestaktion beteiligen	56	35	20
an einem Flashmob mit politischem Hintergrund teilnehmen	44	7	2
Videos/Fotos mit politischem Inhalt ins Netz stellen	18	7	5
Politischer Konsum			
Produkte aus politischen, ethischen oder Umweltgründen kaufen oder nicht kaufen	76	69	61
Sonstiges (v. a. politische Kommunikation)			
bei einer Unterschriftensammlung unterschreiben	91	75	52
persönlich Politiker/-innen kontaktieren	39	19	8
sich in Versammlungen, an öffentlichen Diskussionen beteiligen	54	26	11
Briefe/E-Mails mit politischem Inhalt schreiben oder weiterleiten	30	14	8
politische Botschaften oder Graffiti auf Wände schreiben	8	2	1
Anstecker mit einer politischen Botschaft tragen	24	13	7

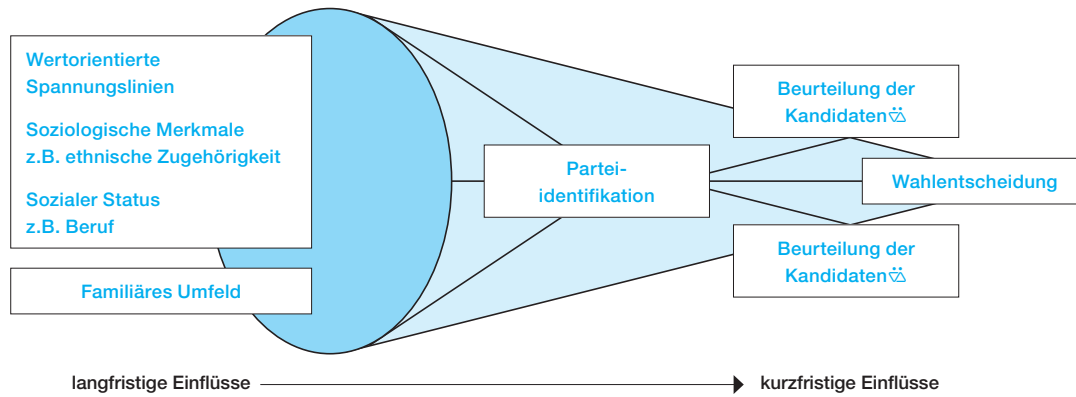
— Quelle: FES-Jugendstudie 2015, S. 53

* Die Frage lautete: „Es gibt verschiedene Wege, politisch aktiv zu sein. Kommen die folgenden Möglichkeiten für politisches Engagement für Sie persönlich in Frage?“
— „Wie oft haben Sie dies schon getan? Vorgabe: Mehrfach – einmal – nie.“

Wahlen für Einsteiger

II. Anhang: Vorlagen für Beamer/Projektor

— Kausalitätstrichter: Einflussfaktoren des Wählerverhaltens



Modell nach Campbell zur Veranschaulichung des Wählerverhaltens (abgewandelt).
Angus Campbell u.a.: The American Voter (1960).
Grafikvorlage nach: Louis Sandy Maisel, Kara Z. Buckley: Parties and Elections in America: The Electoral Process. Rowman & Littlefield, Lanham 2005, 91;
© Leitwerk

Wahlen für Einsteiger

II. Anhang: Vorlagen für Beamer/Projektor

➔ Wie umgehen mit Fake-News und Social Bots?

Wer...	... kann / sollte was tun?	Welche Einwände und Schwierigkeiten gibt es?
Der Gesetzgeber...	... sollte die Verwendung von Social Bots verbieten und die Verbreitung von Fake-News unter Strafe stellen.	Bot-Entwickler können schwer identifiziert oder zurückverfolgt werden. Zudem ist es schwierig, zu unterscheiden, wann ein Bot als Meinungs-Roboter verwendet wird und wann als Unterstützung für andere automatisierte Prozesse.
Politische Parteien sollten im Wahlkampf auf Social Bots und das Verbreiten gefälschter Nachrichten verzichten.	Werden alle Parteien ein „Fairness-abkommen für den digitalen Wahlkampf“ abschließen und einhalten?
Technologie-Unternehmen*...	... könnten technische Lösungen anbieten, um Bot-Netzwerke zu entfernen oder zumindest zu enttarnen.	Bots werden immer raffinierter und weichen der Erkennungs-Software aus.
Journalisten, Politiker sollten die Öffentlichkeit sensibilisieren und über die politische Wirkungsmacht von Social Bots aufklären.	Inwiefern sind die Nutzer sozialer Netzwerke erreichbar und ihre Aufklärung erfolgreich?
Schulen sollten die Medienbildung ausbauen, um besonders Jugendliche darin zu stärken, ihre Mediennutzung zu reflektieren.	Bildungsmaßnahmen wirken allenfalls langfristig.
Alle Nutzer von Sozialen Netzwerken sollten den eigenen Mediengebrauch kritisch überprüfen, z.B. auch das Posten und Liken.	Das Vergleichen von Nachrichten aus verschiedenen Quellen ist aufwändig, mühsam und zeitraubend.

* Zu den bekanntesten Technologie-Unternehmen im Bereich Soziale Medien gehören Facebook und Twitter.

Wahlen für Einsteiger

II. Anhang: Vorlagen für Beamer/Projektor

— Wahlkreuzwörterrätsel

1 F
2 Z
3 HOCHRECHNUNG
4 HOCHRECHNUNG
5 P
6 P
7 BRIEFWAHL
8 L I N K E
9 K E I N
10 K U M U L I E R E N
11 K U M U L I E R E N
12 U R N E
13 W Ä H L E R
14 S P I T Z E N K A N D I D A T
15 A K T I V
16 S P D
17 S P D
18 M D B
19 W A H L P E R I O D E
20 W Ä H L E R
21 A D E N A U E R
22 W Ä H L E R
23 C S U
24 E U R O P A W A H L
25 L O S
26 D I S K U R S E
27 S I T Z
28 A
29 L A
30 S O N N T A G S F R A G E
31 U M W E L T
32 G R U E N E
33 F D P
34 G R U E N E
35 F R A U E N
36 F U E N F
37 E P
38 W A H L L O K A L
39 A L L G E M E I N
40 N I C H T W A H L E R
41 M E H R H E I T

— Lösungswort

S T A M M W A E H L E R I N